

Von Heuschrecken bis zur Honorarordnung

BLZK und KZVB beim CSU-Parteitag

Die zahnärztlichen Körperschaften besuchten im Wahljahr 2023 die Parteitage von FDP, Freien Wählern, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (in zeitlicher Reihenfolge). Den Abschluss der Politik-Tour bildete der CSU-Parteitag, der am zweiten Wiesn-Samstag in der Messe München stattfand.

Die KZVB war bei der CSU mit Dr. Andrea Albert, frisch gewählte Vizepräsidentin des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V., und Dr. Jürgen Welsch, Vorsitzender der Vertreterversammlung, vor Ort. Seitens der BLZK stand der Präsident Dr. Dr. Frank Wohl den Delegierten als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung. Von den Verwaltungen unterstützten BLZK-Hauptgeschäftsführer Sven Tschoepe und KZVB-Pressesprecher Leo Hofmeier die Standespolitiker. Eigens für den CSU-Parteitag ließen die bayerischen Zahnärzte ihren Messestand mit dem Slogan „Von dieser Politik bekommt man Zahnfleischbluten, Herr Lauterbach“ bedrucken. Die CSU ist zwar im Bund in der Opposition, nahm aber die klare Botschaft mit, dass die aktuelle Gesundheitspolitik die ambulante Versorgung bedroht. Die Budgetierung in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Nichtanpassung des GOZ-Punktwertes und der Vormarsch internationaler Investoren (auch Heuschrecken genannt) würden die Gründung oder Übernahme einer Praxis immer unattraktiver machen, schrieben die Standespolitiker den Landes- und Bundespolitikern ins Stammbuch.

Redaktion

Abb. 1: Der Gesundheitspolitische Arbeitskreis der CSU freute sich über die Präsenz der bayerischen Zahnärzte beim Parteitag. Auf dem Bild: Sven Tschoepe, Dr. Jürgen Welsch, Dr. Andrea Albert, Eva Faltner, Bernhard Seidenath, Carolina Trautner und Dr. Dr. Frank Wohl. – **Abb. 2:** CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt verwies darauf, dass Karl Lauterbach Argumenten nicht zugänglich sei. – **Abb. 3:** Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (Mitte) will den Vormarsch internationaler Investoren in der ambulanten Versorgung durch ein MVZ-Gesetz bremsen. **Abb. 4:** Finanzminister Albert Füracker musste sich von Dr. Dr. Frank Wohl Kritik an der Erstattungspraxis der Beihilfeträger anhören.

